

Pan-European-Movement

mit Bezug auf das BGE

SoAk Juli 2022
(Klaus Sambor)

A) Das EBI BGE ist Geschichte.

Wir haben unser Ziel - 1 Million Unterschriften - nicht erreicht.

Aber:

1. Wir haben mehr EBI-Unterschriften als mit der ersten Europäischen BürgerInnen-Initiative erreicht (296.365 gegenüber 274.931) - trotz Corona, einer ungünstigen politischen Situation (Ukraine-Krieg), großer Unkenntnis des Mitbestimmungsinstruments EBI und keiner finanziellen Unterstützung für die EBI durch die EU. Viele Länder haben die Unterschriften erhöht siehe **www.eci-ubi.eu**

2. Wir waren erfolgreich auf der Internetplattform "Konferenz über die Zukunft Europas: "Einer der am häufigsten vorgeschlagenen Mechanismen, um Europa inklusiver und sozial gerechter zu machen, ist die Gewährleistung eines bedingungslosen Grundeinkommens in der gesamten EU." (see final report platform, page 44).

3. Wir haben ein Netzwerk aufgebaut, in dem wir solidarisch und respektvoll zusammenarbeiten. Ronald Blaschke und Klaus Sambor bedanken sich bei allen, die daran beteiligt waren. Lasst uns gemeinsam weiter für ein Europa mit **bedingungslosem Grundeinkommen** kämpfen.

B) Wie weiter?

"UBI-European Initiative"

(Bedingungsloses Grundeinkommen - Europäische Initiative).

Unser Ziel ist es, in jedem Land Europas und der Welt ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist eine Geldsumme, die regelmäßig, bedingungslos und universell an alle Individuen gezahlt wird, hoch genug, um ihr finanzielles Überleben und ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. Das BGE ist ein Schritt in Richtung eines emanzipatorischen Wohlfahrtssystems.

Unser Verständnis von Zusammenarbeit basiert immer auf Freiwilligenarbeit, Solidarität und Respekt füreinander; sowohl im Rahmen der "UBI-Europäischen Initiative" als auch mit anderen Gremien und Einzelpersonen.

Als unabhängiges Gremium "**UBI-Europäische Initiative**", möchten wir zusammenarbeiten und EUMANS beitreten, um das "Bedingungslose Grundeinkommen" zu einem der Hauptpunkte zu machen, die von **EUMANS** unterstützt werden.

Pan-European-Movement

EUMANS ist Gründer des „Pan-European-Movements“.

LINK zur Website: <https://www.eumans.eu>

EUMANS SIND BÜRGER/ UND AKTIVIST/INNEN AUS GANZ EUROPA, DIE SICH FÜR EINE POLITISCHE BOTTOM-UP-MOBILISIERUNG EINER SOZIAL UND DEMOKRATISCH NACHHALTIGEN EU-POLITIK EINSETZEN. DIE IDEE, SICH ZUSAMMENZUSCHLIESSEN UND GEMEINSAM ZU HANDELN, STAMMT VON MARCO CAPPATO, EINEM EHEMALIGEN EUROPAABGEORDNETEN UND GEWALTFREIEN ANFÜHRER IN ITALIEN.

Wir begannen unsere Bewegung mit der Überzeugung, dass die Beteiligung der BürgerInnen- an der Gestaltung der transnationalen, nationalen und lokalen Politik nicht auf "Wahltag" beschränkt werden kann und sollte..

Direkte Aktionen, gewaltfreie Initiativen, Instrumente der partizipativen Demokratie und bürgerInnen-geführte Mobilisierung können der Europäischen Union, den EU-Mitgliedstaaten und den lokalen Verwaltungen helfen, den notwendigen Wandel zu erreichen, der allzu oft als Geisel des Kampfes um einen Wahlkonsens angesehen wird.

EUMANS wurde 2019 vom italienischen politischen Aktivistin Marco Cappato ins Leben gerufen und existiert dank des täglichen Engagements von Hunderten von AktivistInnen und BürgerInnen, die sich entscheiden, ihre Zeit und Energie in kleine und große Aktionen zu stecken. Und gemeinsam den Mechanismus der Zusammenarbeit und des Handelns zu definieren.

Unsere Initiativen und die Initiativen, die wir unterstützen, basieren auf Zusammenarbeit., auch Zusammenarbeit mit informellen Bürgergruppen, lokalen Komitees, Basisbewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie allen Vertretern der politischen Parteien, die unsere Ziele teilen:

- Maßnahmen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte
- Kohlenstoffbepreisung in der Europäischen Union und andere nachhaltige Maßnahmen auf der Grundlage der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative StopGlobalWarming.eu
- Stärkung der Instrumente der partizipativen Demokratie, einschließlich sortitionsbasierter Bürgerversammlungen, beginnend mit der Konferenz über die Zukunft Europas durch unsere Teilnahme an der Koalition "Bürger übernehmen Europa"
- Digitale Rechte, Wissenschaftsfreiheit, Cannabis-Legalisierung, politische Rechte
- Entwicklung von Instrumenten der Zusammenarbeit und Beratung

Die EUMANS treffen sich jede Woche am Donnerstag um 19 Uhr MEZ (registrieren Sie sich hier, um an den wöchentlichen Treffen teilzunehmen). Alle unsere Treffen sind öffentlich und aufgezeichnet. Und Sie können sie auf dem EUMANS Youtube-Kanal finden.

EUMANS zielt darauf ab, Instrumente der Zusammenarbeit zu entwickeln und zu nutzen, mit dem Ziel, einen transparenten und kollaborativen Raum zu schaffen, **in dem jeder Bürger zu dem Thema aktiv werden kann, das für ihn am wichtigsten ist.**

EUMANS PRÄSIDENTEN UND VORSTANDSMITGLIEDER

Co-presidents: Marko Cappato

Virginia Fiume

Administrative board:

Sibilla Barbieri

Magdalena Dabkowska

Ines Jiminetz

Luca Dal Pubel

Roberto Mancuso

Lorenzo Mineo

Ophelisa Masson

Flavia Pansieri

Carla Pisi

Andrea Salimbeni

Alle unsere Gespräche sind auf EUMANS Agora sichtbar und unsere Treffen sind öffentlich.

Sie können jederzeit an allen laufenden Initiativen teilnehmen, neue Initiativen organisieren und die Maßnahmen, an denen Sie arbeiten, mit anderen EUMANS teilen.

Unsere Community wird durch eine Aktivierungsvereinbarung zusammengehalten (die wir gemeinsam geschrieben haben und die wir regelmäßig überprüfen).

Wenn Sie die Aktivierungsvereinbarung abonnieren, können Sie an allen Gesprächen auf EUMANS Agora teilnehmen.

Ganz wichtig ist dabei, dass EUMANS nach dem Ende der derzeitigen „Conference of Europe“ eine **permanente Conference of Europe** einrichten werden und eine Weiterentwicklung der Europäischen BürgerInnen-Initiativen bis hin zu einer Möglichkeit von bindenden **"EU-Referenden"** verlangen.

Es wird die Änderung der **EU-Verfassung** gefordert werden. Das EU Parlament hat am 9. Juni 2022 den Prozess für die Einberufung eines (Verfassungs-)Konvents eingeleitet.

Die Mitarbeit bei dem „Pan-European-Movement“ kann für unser Anliegen der Einführung eines BGE genützt werden, und es besteht bereits Interesse von Seiten EUMANS, uns dabei zu unterstützen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Forderung nach einem Konvent zur Überarbeitung der Verträge

Das breite Spektrum der Vorschläge für den geplanten Konvent ist sehr wichtig

(siehe Entschließung:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2022-0307_DE.html)

und wir sollten uns in dem WS eine Meinung dazu bilden und danach den Attac Vorstand darüber informieren.

Dies werden wir in ANHANG 2 zur Diskussion stellen. **ABER**, folgendes hat sich nach dem 9. Juni 2022 abgespielt:

Schluss mit Vetos in Europa

15.06.2022

Wir wollen ein Europa, das entschlossen und demokratisch vorangeht. Wir wollen ein Europa, das schnell die richtigen Antworten auf Krisen findet. Wir wollen ein Europa, das sich entschieden der Bedrohung durch Diktatoren entgegenstellt.

Das Veto ist undemokratisch. Es verhindert das Europa mit einer Stimme spricht. Es hat ganz konkrete negative Auswirkungen für uns alle. Und es gehört abgeschafft!

- In der Außenpolitik verhinderte Viktor Orban mit seinem Veto entschiedene Sanktionen gegen den Kriegstreiber Wladimir Putin. Und das nur um sich Ausnahmen zu sichern und Geld von der EU zu erpressen. Es gefährdet unser aller Sicherheit.
- In der Wirtschaftspolitik verhindert Polen aktuell dass Großkonzerne wenigstens ein Mindestmaß an Steuern zahlen. Wir verlieren dadurch Milliarden Euro für wichtige Investitionen.
- Unsere Grundwerte und der Rechtsstaat werden weiter attackiert, weil sich die Regierungen der PiS in Polen und Viktor Orban in Ungarn mit ihren Vetos gegenseitig schützen. Korruption und Abbau der Demokratie und des Rechtsstaats gehen weiter.

All diese Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit. Überwältigende Mehrheiten werden durch einzelne Vetos torpediert.

Ukraine und Rep. Moldau

17.06.2022

Liebe Pressevertreter*innen, liebe Interessierte,

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat heute (Freitag) empfohlen, der Ukraine und der Republik Moldau den Status von Beitrittskandidaten zu verleihen. Die Vertreter*innen der EU-Mitgliedstaaten müssen dieser Empfehlung mit einem einstimmigen Beschluss folgen, damit Beitrittsverfahren gestartet werden können.

Daniel Freund, Vertreter der Grünen auf der EU-Zukunftskonferenz, kommentiert:

„Die Ukraine gehört zu Europa. Es ist absolut richtig, dass jetzt ein Beitrittsverfahren gestartet wird. Die Ukraine muss eine realistische Perspektive für eine Zukunft in der Europäischen Union haben. Wir müssen aber auch ehrlich zugeben, dass die EU in ihrer gegenwärtigen Verfassung nur bedingt erweiterungsfähig ist. Die EU steht schon jetzt am Rande der Handlungsunfähigkeit. Die gegenwärtige Praxis nationaler Vetos verhindert effizientes Handeln von der Außen- bis zur Fiskalpolitik.

Aktuell scheitert die EU daran, den Rechtsstaat in allen Mitgliedstaaten zu verteidigen. Die EU muss die nötigen Reformen starten, um auch neuen Mitgliedern eine echte Perspektive in einer handlungsfähigen und demokratischen Union zu geben. Wir brauchen parallel zu weiteren Beitrittsverfahren einen **EU-Konvent**, der sich klar der Aufgabe widmet, Europa demokratischer und widerstandsfähiger zu machen. Nur dann kann eine Integration weiterer Mitgliedstaaten gelingen.

EU-Gipfel vertagt mögliche EU-Reform

24.06.2022

Europas Staats- und Regierungschefs haben den Vorstoß des Europaparlaments für einen EU-Reformkonvent nicht aufgenommen.

Auf dem EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag kam es nicht zu einer Abstimmung, bei der eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten genügt hätte, um einen Konvent einzuberufen. Der Prozess für eine Änderung der EU-Verträge - eine zentrale Forderung der EU-Zukunftskonferenz - wird somit nicht mehr unter französischer Ratspräsidentschaft gestartet.

Das Europäische Parlament hatte Anfang Juni mit breiter Mehrheit das Vertragsänderungsverfahren auf den Weg gebracht. Das Ziel: Die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat und somit das Ende nationaler Vetos in der EU-Politik durchzusetzen. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten wird am **14. Juli 2022 informell über Prioritäten beim follow-up der EU-Zukunftskonferenz beraten**. Im "Herbst" verspricht die EU-Kommission ein follow-up Treffen mit den 800 Zufallsbürger*innen.

Daniel Freund, Berichterstatter der Grünen für das Vertragsänderungsverfahren, kommentiert:

Der klare Reformauftrag des Europäischen Parlaments und der EU-Zukunftskonferenz wird von den Regierungschef*innen ignoriert. Der dringend nötige Reformschub bleibt damit vorerst aus. **Dieses Aufschieben schwächt die Europäische Union.**

Es ist jetzt an der Zeit, in einem Konvent umfassende Reformen zu entwickeln und umzusetzen, statt Probleme immer grösser werden zu lassen. Europas Bürger*innen haben sich klar und deutlich für eine demokratischere und effizientere Union ausgesprochen. Tausende Bürger*innen haben ihre Erwartung an den Start eines Konvents in den letzten Tagen bekräftigt. Alle EU-Institutionen haben gemeinsam mit den Bürger*innen auf der EU-Zukunftskonferenz Reformvorschläge erarbeitet. Es wäre unverantwortlich von den Regierungen der Mitgliedstaaten nach Wirtschaftskrise, Pandemie und Krieg die nötigen Reformen weiter zu blockieren. Auch angesichts anstehender Erweiterungen muss sich die EU neu aufstellen.

Packen wir es jetzt an.

Rat: Prioritäten beim follow-up der EU- Zukunftskonferenz

14. Juli 2022

Friedenskonferenz

19. Juni 2022

Die Umweltmeteorologin und Klimaaktivistin **Prof. Helga Kromp-Kolb** unterstrich diese Notwendigkeit für eine Koalition des Wandels. Sie sagte u.a.: „Ohne Frieden werden wir keine Nachhaltigkeit erreichen, aber ohne Nachhaltigkeit auch keinen Frieden. Es ist völlig illusorisch, dass wir Frieden erreichen können, wenn wir nicht **gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit** erreichen.“ Und führte dann näher aus: „Bei der vielzitierten Nachhaltigkeit geht es im Grunde einerseits um das ökologische Thema: Ökologie ist unserer Lebensgrundlage. Und es geht um das soziale Thema: Das Soziale macht das Leben lebenswert. Und es geht um die Wirtschaft, die ein Werkzeug ist, das wir entwickelt haben, um miteinander umzugehen, um das Leben zu erleichtern. Aber die Lebensgrundlage ist die **Ökologie und was das Leben lebenswert macht, das ist das Soziale. D.h. die beiden Komponenten Ökologie und Soziales sind die wesentlichen.** Das derzeitige Wirtschaftssystem ist nicht grundlegend für das Zusammenleben der Menschen. Friede hingegen schon. Friede und Nachhaltigkeit bedingen einander.“

ANHANG 1: WAS IST EIN EMANZIPATORISCHES BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN?

Es ist eine staatliche Zahlung, die jeder Mensch von Geburt bis zum Lebensende monatlich erhält (Menschenrecht).

Die vier Kriterien:

bedingungslos

allgemein

personenbezogen

existenz- und teilhabesichernd

Das BGE ersetzt nicht die Sozialleistungen in den Bereichen öffentlicher Infrastruktur (Verkehr, Wasser, Energie, Wohnen etc.) und Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Betreuung etc.).

„Der Runde Tisch – Grundeinkommen“ (Österreich) ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher Vereine, Initiativen und Personen, die sich für dieses emanzipatorische BGE einsetzen.

Das BGE wird nicht nur europaweit, sondern weltweit angestrebt.

BGE – ein wichtiger Schritt zur Veränderung

Das BGE soll eine umverteilende Wirkung von Reich zu Arm haben.

Entkopplung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung.

Anerkennung, gesellschaftliche Stellung und Selbstwert müssen auch unabhängig von Erwerbsarbeit erfahrbar sein.

Das BGE leistet einen Beitrag zur ...

Sicherung der Menschenrechte auf Leben und soziale Sicherheit ohne stigmatisierende Bedürftigkeitsprüfungen

Verhinderung von Armut und ihren zerstörerischen Folgen

Verringerung der Einkommensschere und Sicherung des sozialen Friedens

Verbesserung der Verhandlungsposition Lohnabhängiger und ihrer Interessenvertretungen gegenüber ArbeitgeberInnen

Vereinfachung der Verwaltung und zum Abbau unnötiger Sozialbürokratie

Befreiung von Lebensängsten (Abnahme von Dauerstress)

Förderung der Gesundheit und Lebenserwartung (Abnahme von psychischen und physischen Erkrankungen wie Depressionen, Burn-Out, Kreislauferkrankungen usw.)

Individuell: Das BGE bietet größere Wahlmöglichkeit in der Gestaltung des eigenen Lebens. Teilhabe an der Gesellschaft und mehr Möglichkeit (zeitlich und finanziell), die Gesellschaft mitzugestalten, kann die Politikverdrossenheit verringern und Menschen dazu motivieren, sich aktiv einzubringen.

Politik: Die Politik selbst muss in einem demokratischen Prozess Rahmenbedingungen schaffen. Die Gewichtung in der Politik sollte zu Chancengleichheit und Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit führen.

Da das BGE in Richtung Ausweitung der Entscheidungsautonomie und gegen Entwürdigung durch Zwänge wirkt, geht es als Menschenrecht weit über den Charakter einer Sozialleistung hinaus.

Das BGE erlaubt ein menschenwürdiges Leben in mehr Gerechtigkeit und Freiheit. Es begünstigt mehr Solidarität, größere Gleichheit und Gesundheit.

Als „Baustein“ bietet das BGE gemeinsam mit wichtigen anderen „Bausteinen“ und Maßnahmen die Möglichkeit, eine zukunftsfähige Welt aufzubauen, die ein gutes Leben mit gegenseitiger Wertschätzung für alle unter Beachtung von Natur und Umwelt fördert.

Abgrenzung zu anderen BGE-Modellen

Es gibt mehrere Modelle von Grundeinkommen, die unter verschiedenen Bezeichnungen eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen, in entscheidenden Punkten aber deutlich in Widerspruch zu unseren Intentionen stehen. Sie unterscheiden sich von unserem emanzipatorischen BGE vor allem:

im Ansatz gesellschaftspolitischer Perspektiven,

z.B. Zwang („Anreiz“) zur Erwerbsarbeit, zu geringe Höhe des BGE, Kombilohn,

in der Position zu bestehenden Einrichtungen des Sozialstaates,

z.B. Verschlechterung und Privatisierung der Infrastruktur, Abschaffung fast aller Sozialleistungen,

in der Aufbringung der finanziellen Mittel,

z.B. Steuerfreiheit von Kapital und Gewinn, ausschließliche Finanzierung über indirekte Massensteuern.

2. Finanzierbarkeit

Mögliche Realisierung des BGE

Regierungen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass **allen** jene Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die notwendig sind, um an der Gesellschaft umfassend teilhaben und diese mitgestalten zu können.

Jede Gesellschaft kann sich ein angemessenes BGE leisten. Die entscheidende Frage ist also, **in welchem Interesse eine Regierung ihre Budgets erstellt.**

In welcher Höhe wird das BGE ausgezahlt?

Nach den angegebenen Kriterien für das BGE, muss das BGE existenz- und teilhabesichernd sein.

Das bedeutet in Österreich derzeit (Stand 2013) 14 x jährlich:

für Personen älter als 16 Jahren 1.000 Euro netto,

für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren 800 Euro netto.

Dieser Betrag ist sowohl bei Einführung als auch danach jährlich zu valorisieren.

Woher kommt das Geld für das BGE?

- a) Wegfallende / umzuwidmende Ausgaben

- b) Zusätzliche Einnahmen

(Siehe Finanzierungsmodell)

Finanzierungsmodell für ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“

Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen

Diskussionspapier

Version 2013

Homepage

<http://community.attac.at/grundeinkommen.html>

an der rechten Seite (anklicken) zwei Modellrechnungen abrufbar:

Kurzfassung: BGE_Fin.modell2013kurz.pdf

Langfassung: BGE_Fin.modell_2013lang.pdf

und ein

„Brutto- Netto- Rechner“ für „Unselbständig Erwerbstätige“

Die Finanzierung des BGEs erfordert eine Neuorientierung des Steuersystems

Steuergerechtigkeit:

Verringerung der Schere zwischen „Reich“ und „Arm“

Staatseinnahmen:

Progressivere Besteuerung der Arbeitseinkommen
(unterer Bereich: geringer, oberer Bereich: höher)

Stärkere Einbeziehung von Kapitaleinkommen und
Vermögen

Höhere Besteuerung von Ressourcenverbrauch

Kosten für das BGE: (1000 € 14x; Jugendliche 800 € 14x) =
114.02 Mrd.

Einsparungen: (21,7 + 6,75) = **28,45 Mrd.**

Einsparungen durch das BGE: 21,7 Mrd.

Soziale Sicherung: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Familienbeihilfe, Ausgleichszulage, Witwen-/Witwer-Pensionen etc., welche komplett bzw. teilweise durch das BGE abgedeckt werden

Weitere Einsparungen: 6,75 Mrd.

Allgemeine öffentliche Verwaltung: 2,12 Mrd.

Subventionen: 0,2 Mrd.

Ausgabensenkungen im Gesundheitswesen: 0,76 Mrd.

Bereichsüberschneidende Ausgabenreduzierung: 3,67 Mrd.

Notwendige zusätzliche Einnahmen: (114,02 – 28,45) = **85,57 Mrd.**

Die gesamten Staatseinnahmen (nach unserem Finanzierungsmodell) würden 223,2 Mrd. betragen und setzen sich wie folgt zusammen:

(IST 2012:
137,3 Mrd.)

Sozialbeiträge insgesamt;	58,3 Mrd.	26%	50,6 Mrd.	37%
Lohnsteuer:	47,1 Mrd.	21%	25,0 Mrd.	18%
Σ EK-,KÖST-,KEST-,sonst.Steuern;	38,2 Mrd.	17%	16,2 Mrd.	12%
Mehrwertsteuer und Importabgaben:.....	31,4 Mrd.	14%	24,9 Mrd.	18%
Verbrauchs- und sonstige Produktionsabgaben:...	25,4 Mrd.	11%	12,4 Mrd.	9%
Vermögens- u. vermögenswirks. Steuern;.....	14,6 Mrd.	7%	0	0
Kommunal-St. (LSSt), AFFB, sonst. LSSt.;.....	8,2 Mrd.	4%	8,2 Mrd.	6%

Daher sind die notwendigen 85,57 Mrd. ca. **39 % aller Staatseinnahmen.**

Mit den restlichen 61% können die bestehenden Staatsaufgaben finanziert werden

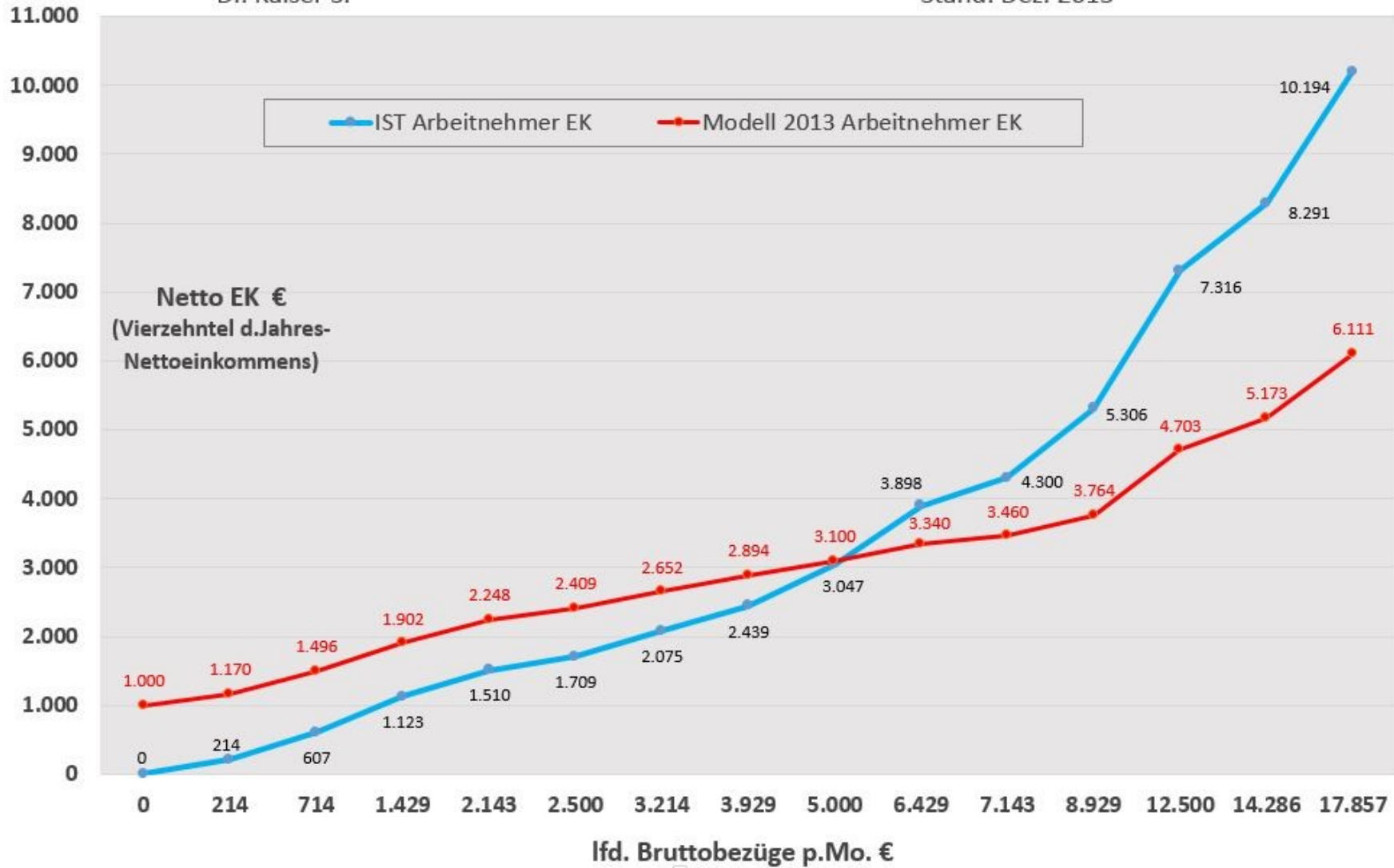
Grenzsteuersätze Modell 2013

**Das Bedingungsloses Grundeinkommen ist 14.000 € p.a.
und steuer- und sozialversicherungsfrei**

Grenz-Steuersätze für zusätzliche Einkommen (€ p.a.)

Betrag von	0 bis zu 5.000	10 %
Betrag von	> 5.000 bis zu 15.000	25 %
Betrag von	> 15.000 bis zu 29.000	38 %
Betrag von	> 29.000 bis zu 49.000	55 %
Betrag über	49.000	75 %

Vergleich: Brutto-/Netto- Einkommen "IST" u. Modell 2013 incl. BGE (ausgn. bei IST)
 Dr. Kaiser S. Stand: Dez. 2013



BGE: Brutto/Netto Rechner V2.0

(derzeit nur für Unselbständig Erwerbstätige)

<http://community.attac.at/grundeinkommen.html>

Eingabe: Werte in Euro
Bruttoeinkommen per Monat

Ergebnis:

Nettoeinkommen "**IST**" per Monat (14x)

Nettoeinkommen "**BGE-Modell**" per Monat (14x)

Adaptierbarkeit:

Die Parameter sind derzeit so eingestellt, dass alle, die unter 5000 Euro Brutto per Monat verdienen, durch die Einführung des BGE

einen finanziellen Vorteil haben:

das sind ca. 90% aller ÖsterreicherInnen.

Aber auch jene der restlichen 10% profitieren (indirekt) vom BGE

Ergebnis:

Das „BGE-Modell 2013“ in der dargelegten Form zeigt, dass

„Bedingungslose Grundeinkommen“

durch die Einsparungen und die höheren Steuereinnahmen (mit dem vorgeschlagenen geänderten Steuersystem) finanzierbar ist.

Wertschöpfungsabgabe

Eine offene Frage bezieht sich auf die Wertschöpfungsabgabe. 1)

Wir werden diesen Ansatz durch Überarbeitung in unserem BGE-Finanzierungsmodell berücksichtigen.

„Die Wertschöpfungsabgabe“ - ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Sozialkosten:

Durch die Einführung der Wertschöpfungsabgabe wird der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung nicht nur auf Basis der Lohn-/Gehalts-Summe, sondern auch an Hand des Kapitalanteils berechnet. Damit können einerseits die Abgänge in der Sozialversicherung durch die Automatisierung ausgeglichen und andererseits die Belastung für lohnintensive Unternehmungen und Dienstleistungen reduziert werden.

1) **Die Idee einer Wertschöpfungsabgabe** ist eine von dem damaligen österreichischen Sozialminister Alfred Dallinger vorgeschlagene Besteuerung der Wertschöpfung zur Finanzierung der Sozialkosten. Erst vor kurzem hat Bundeskanzler Kern das Thema der Wertschöpfungsabgabe wieder aufgegriffen.

Was bleibt vom Sozialstaat?

Neben der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge bleibt der umfassende Sozialstaat, alle arbeitsrechtlichen Standards sowie die dafür nötigen Institutionen erhalten.

Situationsbezogene Unterstützungsleistungen in besonderen Lebenslagen bleiben unberührt.

Regelung bei zusätzlichem Erwerbseinkommen

Das Gesamteinkommen setzt sich aus dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) und zusätzlichen Einkommen (wie Arbeitseinkommen, Pensionen etc.) zusammen.

Das BGE ist steuer- und sozialversicherungsfrei.

Nur das zusätzliche Einkommen unterliegt nach dem neuen Attac-Finanzierungsmodell der Steuer- und Sozialversicherungspflicht.

Bei höheren Erwerbseinkommen neutralisiert das vorgeschlagene Steuersystem zunehmend das BGE; ganz hohe Einkommen werden trotz BGE netto niedriger sein als heute.

Anhang 2 Durchbruch bei der EU-Zukunftskonferenz: Vorschläge für umfassendes Reformpaket beschlossen

Abschaffung nationaler Vetos, Initiativrecht für das Europaparlament, mehr EU-Investitionen in Klima und **Soziales**, eine ambitionierte Reform der EU-Agrarpolitik: am Dienstagabend hat sich das Präsidium (Executive Board) der EU-Zukunftskonferenz auf ein umfassendes Paket von Reformvorschlägen für die EU geeinigt. Das finale Papier umfasst insgesamt 49 Vorschläge mit mehr als 200 konkreten Maßnahmen. Eine ganze Reihe davon erfordern für die Umsetzung eine **Änderung der EU-Verträge**.

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Qualifizierte Mehrheit anstelle von Einstimmigkeit in Außen-, Sozial, Steuer-, Haushaltspolitik und weiteren Bereichen ("All issues decided by way of unanimity should be decided by way of a qualified majority. The only exceptions should be the admission of new membership to the EU and changes to the fundamental principles of the EU as stated in Art. 2 TEU and the Charter of Fundamental Rights of the European Union." – AG Demokratie, wörtlich EU Citizens Panel 4 Empfehlung 21, ähnlich AG EU in der Welt)

Budgetrecht für das Europaparlament ("European Parliament should decide on the budget of the EU as it is the right of parliaments at the national level;" – AG Demokratie)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Initiativrecht für das Europaparlament (“The European Parliament should have the right of legislative initiative, in order to propose the topics to be discussed and, subsequently, adopt the necessary texts to follow up on the recommendations that emerge from deliberations;” – AG Demokratie)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Universelle Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta

(Nationales Recht und Handeln darf dem EU-Recht nicht widersprechen) "The EU Charter of Fundamental Rights should be made universally applicable and enforceable." – AG Werte

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Abschaffung der Einstimmigkeit bei Rechtsstaatssanktionen durch Artikel 7 EUV (“Effectively applying and evaluating the scope of the ‘Conditionality Regulation’ and other rule of law instruments, and considering extensions to new areas regardless of their relevance for the EU budget. Any necessary legal avenues, including Treaty changes, should be considered to punish breaches of the rule of law;” – AG Werte)

(“Ensuring the protection of EU values laid down in the treaties, including the rule of law and a strong **social model**, which are at the core of the European democracy, also abolishing the right of veto in the European Council established in Art.7.2 TEU.” – AG Demokratie)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Ein EU-Bürgerrechts-Statut, das Rechte und Freiheiten garantiert sowie eine bessere Rechtsgrundlage für ein europäisches **NGO-Statut und Gemeinnützigkeitsrecht** ("Making European values tangible for EU citizens, especially through more interactive and direct involvement. To this end, the European citizenship should be strengthened for instance through a European citizenship statute providing citizen-specific rights and freedoms, as well as a statute for European cross-border associations and non-profit organisations." – AG Werte)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Neue Europäische Grundrechte, z.B. für Familien, Ehe für alle, Adoption (“Taking action to guarantee that all families enjoy equal family rights in all Member States. This should include the right to marriage and adoption;” – AG Wirtschaft, EU Citizens Panel Empfehlung 27) und **Mindestrenten** (“Preventing old age poverty by introducing minimum pensions. Such minimum levels would need to take account of the living standard, the poverty line and purchase power in the respective Member State;” – AG Wirtschaft, EU Citizens Panel Empfehlung 21)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Ein EU-weites Referendum für außergewöhnliche Fälle auf Vorschlag des Europaparlaments (“Conceiving a EU wide referendum, to be triggered by the European Parliament, in exceptional cases on matters particularly important to all European citizens;” – AG Demokratie, EU Citizens Panel 2 Empfehlung 18)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 66 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 33 %

Gesundheit als geteilte Kompetenz (“Beef up the European Health Union using the full potential of the current framework and start exploring the possibility to include health and healthcare among the shared competencies between the EU and the EU Member States. In order to include this new shared competence, there is a need to amend Article 4 of the TFUE.” – AG Gesundheit, EU Citizens Panel Empfehlung 49) und europäische Mindeststandards für Gesundheitsfürsorge (“Establish common minimum healthcare standards at EU level, covering also prevention and accessibility of care, and provide support to achieve these standards.” – AG Gesundheit, EU Citizens Panel Empfehlung 39)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Soziales Fortschrittsprotokoll in die Verträge (“We need to ensure the full implementation of the European Pillar of Social Rights, including its relevant headline targets for 2030, at EU, national, regional and local level in the areas of “equal opportunities and access to the labour market” and “fair working conditions”, while respecting competences and the principles of subsidiarity and proportionality and to include a Social Progress Protocol in the Treaties. ... **Taking steps to ensure that social rights take precedence in case of conflict with economic freedoms including via the introduction of a social progress protocol in the Treaties.**” – AG Wirtschaft)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 33 % Ablehnung: 66 % Keine Meinung: 0 %

Ausweitung der EU-Kompetenz für Sozialpolitik ("Reinforcing the competences of the EU in social policies and proposing legislation to promote social policies and ensure equality of rights, including health, harmonised for the entire EU, which take into consideration agreed regulations and the minimum requirements throughout the territory." – AG Wirtschaft, EU Citizens Panel Empfehlungen 19 und 21)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Europäische Mindestlöhne ("Ensuring that statutory minimum wages guarantee that each worker can earn a decent and similar quality of living across all Member States. Clear criteria (e.g. living costs, inflation, above the poverty line, the average and median wage at national level) to be taken into account when setting minimum wages level should be set up. The levels of statutory minimum wages should be regularly reviewed in light of these criteria in order to ensure their adequacy. Special attention should be put on effective implementation of these rules and monitoring and tracking **improvement in the standard of living**. At the same time, collective bargaining should be strengthened and promoted throughout the EU;" – AG Wirtschaft, EU Citizens Panel Empfehlungen 1 und 30, DE Citizen Panel Empfehlung 4.2)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

**Diskussion über eine Europäische
Verfassung** ("Reopening the discussion
about the constitution, where applicable,
to help us align better on our values.

A constitution may help to be more
precise as well as involve citizens and
agree on the rules of the decision-making
process;" – AG Demokratie, EU Citizens
Panel 2 Empfehlung 35, FR Panel)

WS TeilnehmerInnen

Zustimmung: 100 % Ablehnung: 0 % Keine Meinung: 0 %

Europäische Investitionen finanziert durch europäische Schulden (“We propose that the EU promotes future-oriented investments focused on the green and digital transitions with a strong **social and gender dimension**, building on the examples of the Next Generation EU and the SURE instrument. The EU needs to take into account the social and economic impact of the war against Ukraine by adapting its economic governance to new geopolitical context and by strengthening its own budget through new own resources. ... Give further consideration to common borrowing at EU level, with a view to creating more favourable borrowing conditions, while maintaining responsible fiscal policies at Member State level;” – AG Wirtschaft, LT Panel Empfehlung 9”)

**DANKE FÜR
DIE AUFMERKSAMKEIT**